

Rendezvous mit der Revolution. Weimars sperrige Gründungserzählung in der liberalen Tagespresse

I.

Der Weimarer Republik hat lange Zeit eine erfolgreiche Gründungsgeschichte gefehlt. Das gilt insbesondere für die erste Phase ihres Entstehens im Ausklang des Ersten Weltkrieges, d.h. für die „deutsche Revolution von 1918/19“.¹ Schon die Zeitgenossen hätten sich einer positiven Gründungserzählung gestellt, konstatierte Reinhard Rürup 1968 als eines der „Probleme der Revolution“. Ihre Haltung gegenüber der ersten deutschen Demokratie hätten sie nicht auf die Revolution gegründet, sondern auf deren Überwindung.² Kontroversen um einen nationalen Feiertag zu Ehren der Weimarer Reichsverfassung oder der sogenannte Flaggenstreit sind entsprechend als Ausweise eines fehlenden oder zumindest nicht ausreichenden demokratischen Bewusstseins gewertet worden.³

Positive Erinnerungen an die Weimarer Republik und ihre Gründungsphase mussten aus den Verschüttungen des Nationalsozialismus nach 1945 erst neu geborgen und gewissermaßen wiederentdeckt werden. Mit demokratischem Pathos urteilte etwa der Publizist Sebastian Haffner 1968, der Gründung der Weimarer Republik werde Unrecht getan, indem ihr der „ehrenvolle Name Revolution“ aberkannt werde.⁴ Sie sei mit Formulierungen wie „Zusammenbruch“ begrifflich nivelliert und damit bewusst herabgesetzt worden. Solche Formulierungen seien erst in einem antidemokratischen und antirevolutionären Umfeld überhaupt salonfähig geworden. Mit deutlich weniger Pathos, aber gleichwohl mit hoher normativer Grundierung bemühte sich die Forschung seit den 1960er-Jahren erfolgreich darum, den Revoluti-

1 Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert. Berlin 2012.

2 Reinhard Rürup: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19. Wiesbaden 1968, S. 109 f. Vgl. auch Alexander Gallus: Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel. In: Ders. (Hrsg.): Die vergessene Revolution von 1918/19. Göttingen 2010, S. 14–39.

3 Verena Wirtz: „Flaggenstreit“. Zur politischen Sinnlichkeit der Weimarer Republik. In: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hrsg.): Republikanischer Alltag. Die Weimarer Demokratie und die Suche nach Normalität. Stuttgart 2017, S. 51–66.

4 Sebastian Haffner: Die deutsche Revolution 1918/19. Köln 2008, S. 67.

onsbegriff in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um die Gründung der Weimarer Republik zu re-etablieren.⁵ Revolutionsgeschichte könne dabei niemals unpolitisch sein, sondern schließe persönliche Überzeugungen der Forschenden notwendigerweise mit ein.⁶ Aussagen zur vergangenen deutschen Revolution waren damit immer auch Aussagen über die gegenwärtige demokratische Auffassung. Wenn Rürup 1983 konstatierte, dass zur Charakterisierung der Gründung Weimars als Revolution kein Widerspruch mehr bestehe, so war das auch ein Zeichen aktueller demokratischer Gesinnung.⁷

Trotz dieser gleichsam nachgeholten, im Revolutionsbegriff kulminierenden demokratischen Überzeugung geriet die deutsche Revolution von 1918/19 anschließend jedoch abermals in Vergessenheit und musste erst in den letzten Jahren erneut wiederentdeckt werden.⁸ Erst unmittelbar vor ihrem 100. Jubiläum mehrten sich breitenwirksame Darstellungen, um die deutsche Revolution aus dem „Schatten der Erinnerungskultur“ herauszuholen.⁹

Warum aber fehlte der Weimarer Republik eine solche, in der Erinnerungskultur positiv verankerte Gründungserzählung bzw. warum konnte sie sich nicht durchsetzen? Für die Erörterung dieser Frage ist die Fokussierung auf den Begriff „Revolution“ entscheidend. Revolution war 1918/19 der prominenteste Terminus zur Beschreibung und zur normativen Charakterisierung der Geschehnisse.¹⁰ Aus der bloßen Häufigkeit, mit der „Revolution“ als Wort zeitgenössisch verwendet worden ist, lässt sich jedoch nicht auf dessen semantische Konvergenz schließen, d.h. auf dessen Akzeptanz als Ti-

- 5 Neben Rürup (wie Anm. 2) u.a. Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Berlin 2. Aufl. 1976; Ulrich Kluge: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19. Göttingen 1975; Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 - 1919. Frankfurt/M. 1978.
- 6 Reinhard Rürup: Demokratische Revolution und „dritter Weg“. Die deutsche Revolution von 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion. In: Geschichte und Gesellschaft (1983), S. 278–301. Vgl. auch Ulrich Kluge: Die deutsche Revolution 1918, 1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch. Frankfurt (Main) 1985, S. 11.
- 7 Rürup: Demokratische Revolution (wie Anm. 6), hier S. 285.
- 8 Gallus: Die vergessene Revolution (wie Anm. 2); Volker Stalman: Die Wiederentdeckung der Revolution von 1918/19. Forschungsstand und Forschungsperspektiven. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 64 (2016), S. 521–541.
- 9 Gallus: Die vergessene Revolution (wie Anm. 2), hier S. 15. Neuere Werke mit diesem Anspruch sind u.a. Robert Gerwarth: Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit. München 2018; Klaus Gietinger: November 1918. Der verpasste Frühling. Hamburg 2018; Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie. München 2017.
- 10 Detlef Lehnert: Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD. Frankfurt 1983. Almut Todorow: „Die deutsche Revolution“. Kommunikationsverhältnisse und Sprachgebrauch der Frankfurter Zeitung im November 1918. In: Kurt Imhof/Peter Schulz (Hrsg.): Kommunikation und Revolution. Zürich 1998, S. 185–200.

tel einer kollektiven Gründungswahrnehmung und entsprechenden Gründungserzählung.

Am Beispiel der liberalen Tagespresse von November 1918 bis zur Wahl des ersten Reichspräsidenten im Februar 1919 zeige ich, dass der Revolutionsbegriff als Ankerpunkt einer Gründungserzählung der Weimarer Republik auch dort nicht integrativ gewesen ist, wo von einer demokratischen Überzeugung durchaus ausgegangen werden kann. Immerhin bildete gerade die linksliberale Deutsche Demokratische Partei, deren Wählerschaft über die hier analysierten Presseorgane repräsentiert wurde, als Teil der sogenannten Weimarer Koalition von Anfang an ein bedeutendes demokratisches Rückgrat der Weimarer Republik.

Am Beispiel der DDP und der ihr nahestehenden Presseorgane „Berliner Tageblatt“, „Kieler Zeitung“ und „Frankfurter Zeitung“ gehe ich folgenden Fragen nach: 1. Wie reagierte die liberale Presse auf die Geschehnisse im November 1918? 2. Mit welchen Begriffen, Schilderungen und Interpretationen kommentierte sie diese? 3. Inwiefern zeigte sie sich bereit, an einer lagerübergreifenden Gründungserzählung unter dem Titel „Revolution“ teilzuhaben, diese mitzutragen und zu multiplizieren?

Für die Frage nach Erfolg und Erfolgsaussichten demokratischer Narrative eignet sich die Analyse von zeitgenössischen Tageszeitungen aus mehreren Gründen. Erstens verstanden sich die hier untersuchten Presseorgane bewusst als politische Tageszeitungen. Sie vermittelten explizit die Auffassungen bestimmter politischer Parteien. Zweitens bildeten sie über ihre Reichweite und ihren Bezugskreis die Meinung einer erheblichen Zahl von Menschen ab. Auch wenn nicht bestimmt werden kann, wie sehr die Leser die in der Zeitung jeweils vorgestellte Auffassung übernahmen oder von vornherein teilten, ist doch zumindest von Multiplikatoreffekten auszugehen. Drittens war die Tagespresse seinerzeit hochgradig aktuell. Die hier analysierten Artikel stellen also keine nachträglichen Erzählungen dar, die bereits von einem feststehenden Ende ausgehen und die Erzählung darauf hinführen. Stattdessen enthielten sie die unmittelbare Reaktion auf zeitgenössische Wahrnehmungen und Impulse. Über Selektion und Aufbereitung ihrer Informationen und Interpretationen durch die leitende Herausgeberschaft im Rahmen eines definierten Adressatenkreises neigen Tageszeitungen gleichwohl dazu, eine einigermaßen kohärente Anschauungsumgebung zu konstituieren. Informationen und Textmaterial werden also bewusst geordnet und in einen Erzählrahmen eingepasst. Es ist somit von einer Wirkung auf die Leserschaft auszugehen.

Im Kern des Artikels steht die Analyse des „Berliner Tageblattes“.¹¹ Dieses entwickelte sich mit der Gründung der DDP, die nicht zuletzt auf Initiative ihres Chef-Herausgebers Theodor Wolff erfolgte, zu deren Hauptorgan. Seine Artikel sind mit großer Reichweite vertrieben worden. Sie sind zahlreich von lokalen liberalen Zeitungen nachgedruckt oder aufgegriffen worden. Das Tageblatt erschien in der Regel zweimal täglich und ist hier im Zeitraum vom 8. November 1918 bis Ende Februar 1919 analysiert worden. Flankiert wird die Analyse durch die beiden regionalen liberalen Presseorgane „Kieler Zeitung“ und „Frankfurter Zeitung“. Diese erschienen in ähnlichem Rhythmus.

II.

Von seinem ersten Rendezvous mit der Revolution schien Theodor Wolff, der Chefredakteur des Berliner Tageblattes, durchaus angetan gewesen zu sein. Das, was sich am 9. November in Berlin ereignet hatte, beschrieb er in euphorischen Lettern als „die größte aller Revolutionen“.¹² „Revolution“ stellte dabei eine vorderhand abstrakte Größe dar: Die Auflösung der deutschen Monarchien und die Abdankung Kaiser Wilhelms bedeuteten ihm in Verbindung mit der Proklamation der Republik einen derart fundamentalen politischen Veränderungsakt, dass er mit „Revolution“ das begriffliche Maximum im Sprechhaushalt politischer Prozesse bemühte.¹³ „Revolution“ war dabei kein semantisch unbesetzter Begriff, sondern stand von Anfang an im Kontext mit den Revolutionen in England, Frankreich und Russland. Gemeinsamer Bezugspunkt war der radikale, plötzliche und unerwartete Abbau von bis dahin etablierten monarchischen Herrschaftsformen. Dass Wolff für Deutschland den Status der „größten Revolution“ bemühte, sie also etwa über die Französische Revolution von 1789 hinaus hob, lag nicht an den, wie es zeitgenössisch oft hieß, positiven „Errungenschaften der Revolution“, sondern an der vermeintlichen Festigkeit des vorhergehenden Systems. So sei das Kaiserreich, zumal in Preußen, durch einen derart durchdringenden militärischen Sicherheitsapparat geprägt gewesen, dass mit einer erfolgreichen Revolution nicht gerechnet werden konnte. Revolution war für Wolff

11 Weitergehende Informationen zum Berliner Tageblatt und seinem Chefredakteur Theodor Wolff bei: Werner Becker: Demokratie des sozialen Rechts. Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung, der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts 1918-1924. München 1969; Theodor Wolff: Tagbücher. 2 Bde, herausgegeben und eingeleitet von Bernd Sösemann. Boppard/Rhein 1984.

12 Berliner Tageblatt Nr. 576, 10.11.18, „Der Erfolg der Revolution“.

13 Im Sog der Ereignisse um die auch von Liberalen begrüßte Abdankung des Kaisers konnten sich auch bürgerliche Zeitungen des Revolutionsbegriffes augenblicklich nicht erwehren, vgl. Almut Todorow: „Die deutsche Revolution“ (wie Anm. 10), S. 192.

dabei kein iterativer Prozess. Sie war mit der Abdankung des Kaisers vielmehr bereits abgeschlossen und hatte damit die bisher gehemmte Durchsetzung demokratischer Freiheitsrechte möglich gemacht. Soziale oder wirtschaftliche Dimensionen berührte sein Verständnis von Revolution hingegen nicht.¹⁴

Theodor Wolff bemühte sich jedoch, den abstrakten Veränderungsakt auch operativ zu veranschaulichen. Er bebilderte seinen Revolutionsbegriff als erfahrbares Phänomen, indem er über Nacht sichtbar neue Erscheinungsformen des öffentlichen Lebens herausstellte: Große Menschenmassen auf den Straßen, rote Fahnen, die Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten mitsamt deren über Flugblätter und Plakatanschläge deutlich sichtbaren Kundgebungen, das rasche Umherfahren führerloser Soldaten, die Abwesenheit bisheriger Schutzmannen, Offiziere und deren Insignien. Das gegenwärtige Berlin erinnere ihn, so die emblematische Verdichtung seiner Beobachtungen, an die Bilder französischer Revolutionsmaler.

Wolffs Revolutionsbegriff vom 10.11. wird bis heute als gleichsam unzweideutige Feststellung der historischen Begebenheiten zitiert.¹⁵ Er selbst fungiert dabei, weil er als offenkundig Bürgerlicher nicht zu den aktiven „Revolutionären“ gerechnet wird, als nachgerade neutraler Beobachter der Zeit. Neutral ist sein Revolutionsbegriff dagegen keineswegs. Er basiert einerseits auf der deutlichen normativen Negativbeurteilung des Kaiserreiches, hier aber in erster Linie von dessen politischer, nicht gleichzeitig auch von dessen wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Verfasstheit. Andererseits ist „Revolution“ auch für den an Massenversammlungen, roten Fahnen und dem Abreißen von Offiziers-Epauletten unbeteiligten Wolff ein positiver Erwartungsbegriff. Emotionale, oder – mit Koselleck – „emphatische“ Bezüge prägen auch Wolffs bürgerliches Verständnis von Revolution.¹⁶

Seine Erwartung an die weiteren Geschehnisse führte Wolff in seinem Artikel als Auftrag aus: Die neuen Machthaber sollten mit den Symbolen des Kaiserreiches, mit seinen gesellschaftlichen Errungenschaften und seinen privatrechtlichen Bestimmungen behutsam umgehen und in dieser Hinsicht dem Vorbild der Englischen Revolution des 17. Jahrhunderts folgen. Eine Entwicklung der Geschehnisse nach dem Beispiel der Russischen Revolution von 1917 lehnte Wolff hingegen ganz entschieden ab. „Revolution“ war für ihn also keine neutrale und historisch unumstößliche Setzung, sondern

14 Becker: Demokratie des sozialen Rechts (wie Anm. 11), S. 154.

15 Prominent zitiert z.B. bei Robert Gerwarth, Die größte aller (wie Anm. 9), Gallus: Die vergessene Revolution (wie Anm. 2), S. 15; Volker Ullrich: Die Revolution von 1918/19. München 2009, S. 7.

16 Reinhart Koselleck: Revolution als Begriff und als Metapher. Zur Semantik eines einst emphatischen Worts. In: Ders. (Hrsg.): Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. Frankfurt a.M. 2006, S. 240–251.

ein Soll-Begriff, eine am Beispiel der Englischen Revolution definierte Leitlinie der zukünftigen Entwicklung. Damit war Wolffs Revolutionsbegriff theoretisch reversibel: Entwickelten sich die Geschehnisse entgegen seiner Erwartung doch anders, konnte er seinen Revolutionsbegriff und die damit verbundenen Vertrauensvorschüsse gegenüber den neuen Machthabern auch wieder zurückziehen.

Als Sprachrohr des Berliner Tageblattes und der künftigen Deutschen Demokratischen Partei leistete Theodor Wolff mit der Verwendung der zu dieser Zeit klassischerweise von der Sozialdemokratie programmatisch verwendeten Vokabel „Revolution“ ein sichtbares Integrationsangebot. Unter der Bedingung, dass die weiteren Geschehnisse sich in einem Rahmen entwickelten, der von ihm und den durch ihn Repräsentierten gebilligt werden würde, waren er, das Tageblatt und die DDP bereit, eine auf den Revolutionsbegriff fußende Gründungserzählung des nicht mehr kaiserlichen Staates aktiv mitzutragen.

III.

In der schleswig-holsteinischen Provinz war die liberale Kieler Zeitung deutlich weniger bereit, eine positive und mit dem Revolutionsbegriff verbundene Gründungserzählung zu propagieren.¹⁷ Zwar dominierten auch hier die Schilderungen ungewohnter Straßenszenen mit Menschenmassen, roten Fahnen, abgerissenen Kokarden und der Abwesenheit der gewohnten Schutzmannschaften. Der Wechsel der lokalen Machtverhältnisse, also die abstrakte Dimension von „Revolution“, wurde auch hier eindeutig belegt. Der Abdruck von Proklamationen des Arbeiter- und Soldatenrates sowie des widerstandslos scheidenden kaiserlichen Gouverneurs ließen diesbezüglich keine Zweifel offen.¹⁸

Wo „Revolution“ als Begriff erschien, handelte es sich in der Regel um gekennzeichnete Zitate. In den ohnehin nur spärlichen Kommentierungen

17 Die Kieler Zeitung war eine der beiden großen Bürger-Zeitungen in Kiel. Gegenüber den vom selben Verlagshaus vertriebenen Kieler Neuesten Nachrichten zeichnete sie sich insbesondere im hier gewählten Untersuchungszeitraum durch ihre liberale Haltung aus. Anders als etwa das Berliner Tageblatt verzichtete sie jedoch auf eindeutige Parteifestlegungen schon im Titel. Die starke Präsenz von Mitteilungen und Veranstaltungen der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) und ab Mitte November auch der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und deren positionsnahe Wiedergabe in den Leitartikeln ergeben ein durchaus liberales Profil.

18 Erstmals in Kieler Zeitung Nr. 518, 4.11.1918, „Unruhen in Kiel“. Außerdem bspw. Nr. 520, 5.11.1918, „Zur Lage in Kiel“ sowie Nr. 526, 8.11.1918, „Zur Lage in Kiel“.

der Redakteure findet er sich hingegen nicht.¹⁹ „Das neue Deutschland“ habe, zitierten die zurückhaltenden Redakteure am 13. November stattdessen den Vortrag eines Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) – einer der Vorgängerparteien der DDP –, eine „Umwälzung“ erfahren, deren Ausmaß noch nicht ganz zu überschauen sei.²⁰ Er habe, führte der Reichstags-Abgeordnete Ferdinand Hoff aus,²¹ habe zwar Verständnis für die Freude, die bei den Sozialdemokraten deswegen herrsche, könne sich ihr aber nicht vollends anschließen. Zu wehmütig sei der Blick auf das verfllossene Kaiserreich. Die emphatischen Bezüge, die in Theodor Wolffs Revolutionsbegriff aufscheinen, teilten die Redakteure der Kieler Zeitung offenkundig nicht.

Doch auch sie standen dem „neuen Deutschland“ durchaus offen gegenüber. So begrüßte der Redner der FVP, dessen Ausführungen die Redakteure der Kieler Zeitung breiten Raum gaben, ausdrücklich die moderaten Maßnahmen des Berliner Rates der Volksbeauftragten und des Kieler Gouverneurs Gustav Noske. Er bot sich repräsentativ für die Leser seiner als Aufruf abgedruckten Ausführungen als Partner an. Auch hier zeigt sich grundsätzlich die Wolffsche Bereitschaft, den politischen Herrschaftswechsel mitzutragen, und damit tendenziell für eine gemeinsame Gründungserzählung offenzustehen. Diese Bereitschaft ist in der Kieler Zeitung jedoch nicht mit dem begrifflichen Vertrauensvorschuss von „Revolution“ verbunden. Stattdessen operierte die Kieler Zeitung vorwiegend mit Komplementärbegriffen wie „Umwälzung“ oder „revolutionäre Bewegung“. Inhaltlich sind diese Begriffe zwar schwer zu unterscheiden. Sie machen mit Blick auf eine auch semantisch integrative Erzählung aber doch einen signifikanten Unterschied.

In der Kieler Zeitung konnte der Revolutionsbegriff nämlich auch in der Folge nie wirklich Fuß fassen. Einzelne Formulierungen wie „nach der Revolution“, oder „aus der Revolution hervorgegangen“ bzw. „Kieler Revolutionstage“ enthalten zwar die Vokabel, sind begrifflich aber verwaschen.²² Insbesondere mit Blick auf die Streitigkeiten im Berliner Rat der Volksbeauftragten, auf dessen Auseinandersetzungen mit dem dortigen Vollzugsrat und die immer wieder sichtbar als städtische Unordnung präsentierten Berli-

19 Am 11.11.1918, Nr. 530, „Bestattung von Opfern der Unruhen“, zitierte die Kieler Zeitung bspw. eine Rede des Arbeiterrat-Vorsitzenden Gustav Garbe zum Gedenken an die Opfer. In der eigenen, durch die Redakteure gesetzten Überschrift heißt es noch „die Opfer der Unruhen“ bzw. „Opfer des Zusammenstoßes“, im wörtlichen Zitat Garbes jedoch „Opfer der Revolution“. Schon am 8.11.1918, Nr. 526, „Versammlung der Unabhängigen“, hatte die Kieler Zeitung mit den Begriffen „Revolution“ und „Bolschewismus“ ihre Aversionen gegen den Revolutionsbegriff deutlich gemacht.

20 Kieler Zeitung, Nr. 541, 17.11.1918, „An unsere Leser!“.

21 Ferdinand Hoff (1867-1942), schleswig-holsteinischer Abgeordneter: 1912-1918 MdR für die FVP, 1921-1932 MdL für die DDP.

22 Kieler Zeitung, Nr. 538, 15.11.1918, „Nach der Revolution“; Nr. 582, 12.12.1918, „Kieler Revolutionstage“.

ner Straßenverhältnisse trat die Kieler Zeitung zunehmend in Opposition zum Revolutionsbegriff. Am 07. Dezember etwa kritisierte sie die „allerradikalsten Auswüchse der Revolution“ in Berlin, denen das Nachjagen eines weit über die ursprünglichen Forderungen von Brot und Frieden hinausgehenden Revolutionsbegriffes wichtiger sei als die Einhaltung der gemachten Versprechen von Ordnung, Ruhe und Sicherheit.²³

Dennoch hielt die Kieler Zeitung ihr Kooperationsangebot mit der Berliner „Regierung“ und dem Kieler Gouverneur auch weiterhin aufrecht. Dieses Angebot galt aber implizit nur für die von Ebert und Noske repräsentierte Mehrheitssozialdemokratie (MSPD). Überdies waren die Redakteure der Kieler Zeitung nicht bereit, den Revolutionsbegriff als Ankerpunkt einer gemeinsamen Gründungserzählung mitzutragen. „Revolution“ wurde seit Dezember 1918 vielmehr zum Exklusionsbegriff. Er wurde als Fixpunkt derjenigen Vorstellungen und Gruppierungen ausgestellt, die den Ordnungskonsens der Regierung zugunsten eines „Weitertreibens der Revolution“ aufzulösen trachteten. Revolution stand nun in Opposition zu den eigenen Anschauungen und diente der Kieler Zeitung fortan nicht mehr als mögliche narrative Integrationsfolie.

Auch im Berliner Tageblatt erlitt die propagierte Integrationsbereitschaft zu einer gemeinsamen auf dem Revolutionsbegriff basierenden Gründungserzählung bereits früh einen entscheidenden Rückschlag. Bereits am Tag nach Theodor Wolffs euphorischem Artikel über den „Sieg der Revolution“ musste der Chefredakteur in seinem Leitartikel vom 11. November konstatieren, dass die MSPD-Regierung zwar erkannt habe, wie wichtig die Bürgerlichen für die „Festigung der neuen Errungenschaften“ seien.²⁴ Sie habe sich jedoch gegen deren aktive Mitwirkungsbereitschaft und für ein Bündnis mit der zuvor bekämpften USPD entschieden. Auch wenn dies, wie Wolff konzidierte, in der aktuell schweren Stunde die richtige Entscheidung sei, schwingt in seinen Worten doch Enttäuschung mit. Denn mit einer Regierung unter USPD-Beteiligung sei – daran ließ Wolff keinen Zweifel – keine innige Kooperation möglich, lediglich eine vorübergehende Duldung bis zur Nationalversammlung. Mit der USPD verband Wolff nämlich auch begrifflich keine gemeinsamen Positionen. Er assoziierte sie nicht mit „Revolution“, sondern stellte sie in unmittelbare Nähe zum Begriff „Bolschewismus“, der in dieser Ausgabe prägnant eingeführt wurde.²⁵

Sein Blatt bemühte sich in der Folge, etwaige Beziehungen der deutschen Geschehnisse zur Russischen Revolution und zum damit undifferenziert ver-

23 Kieler Zeitung, Nr. 574, 07.12.1918, „Was soll werden?“.

24 Berliner Tageblatt, Nr. 578, 11.11.1918, „Annahme der Waffenstillstandsbedingungen“.

25 Ebd., „Das Programm der sozialistischen Regierung“. Die Bildung der „Regierung“ aus MSPD und USPD habe „vorläufig zu einem Sieg der demokratischen Idee über den Bolschewismus“ geführt.

bundenen „Bolschewismus“ aufzudecken und zumeist einseitig dem unkontrollierten Einfluss von USPD und linksoppositionellen Kräften anzulasten.²⁶ Das Berliner Tageblatt wirkte auf diese Weise schon ab dem zweiten Tag nach der Abdankung des Kaisers als semantisches Korrektiv des Berliner Rates der Volksbeauftragten.²⁷ Es blieb zaghaft offen für einen dezidiert moderaten Revolutionsbegriff, der jedoch bereits seit dem 11. November Positionen jenseits der MSPD bewusst nicht mehr einschloss.

Die Folge war ein uneindeutiges und beliebiges Potpourri unverbundener, aber im Grunde austauschbarer Begriffe. In der Ausgabe vom 14. November probierte bspw. der Leitartikel des linksliberalen Staatsrechtlers Hugo Preuß die Begriffe „Umsturz“, „Umschwung“, „Revolution“, „Zusammenbruch“ und „Bolschewismus“ gleichzeitig und nebeneinander aus.²⁸ Unterschiede wurden dabei nicht reklamiert. Alles schien irgendwie dasselbe zu bedeuten. Die begriffliche Vielheit des Leitartikels stand dabei in deutlichem Gegensatz zur auf der Folgeseite referierten Sprache der Berliner Lokalpolitik. In den überwiegend mit direkten Zitaten und indirekten Wiedergaben gefüllten Berichten über die Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte fiel der Revolutionsbegriff dreimal so häufig wie auf der sprachlich den Redakteuren überlassenen Titelseite. Die bei Preuß aufgeführten Nebenbegriffe spielten hier indes keine Rolle.

Die Autoren des Berliner Tageblattes waren also schon am 14. November keineswegs bereit, das in den Revolutionskörperschaften praktizierte Spektrum des Revolutionsbegriffes mitzutragen. Sie kennzeichneten die teilweise Häufung von „Revolution“ in ihren Ausgaben vielmehr als von überwiegend fremder Herkunft. Der eigene Revolutionsbegriff unterschied sich von dieser Häufung hingegen durch seinen geringen Differenzierungsgrad gegenüber potentiellen Nebenbegriffen. Wie sehr in dieser Sprachpraxis Strategie lag, ist einstweilen nicht zu bestimmen. Sie macht aber deutlich, dass sich die Redakteure des Tageblattes die Beteiligung an einem Gründungsnarrativ „Revolution“ zu diesem Zeitpunkt immerhin noch offenhielten.

Die bisherigen Beobachtungen gelten auch für die Frankfurter Zeitung.²⁹ Auch hier sahen die Redakteure am 13. November ein, dass eine Regierung zwischen MSPD und USPD, also unter Ausschluss der bereitstehenden Libe-

26 Diese Tendenz sticht ab Anfang Dezember 1918 deutlich hervor, bspw. in Nr. 627, 8.12.1918, „Die Vorgänge in Berlin“, zudem u.a. Nr. 664, 30.12.1918, „Die Berliner Kundgebungen gegen Spartacus“.

27 Vgl. Todorow: „Die deutsche Revolution“ (wie Anm. 10); Becker: Demokratie des sozialen Rechts (wie Anm. 11), S. 160.

28 Berliner Tageblatt Nr. 583, 14.11.1918, „Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat“.

29 Becker, Demokratie des sozialen Rechts (wie Anm. 11), S. 51.

ralen, zur gegebenen Stunde die richtige Wahl sei.³⁰ Dennoch wurde diese Regierung skeptisch gesehen, schließlich stehe sie doch im Grunde auf dem Boden der Diktatur. Die Leser seien daher aufgerufen, sehr genau zu beobachten, ob die Volksbeauftragten ihr proklamiertes Programm, das in wesentlichen Punkten durchaus liberale Positionen abdecke, auch wirklich einhalte. Gelingen dies, habe sich die Regierung die Unterstützung weiterer Teile des Volkes, also auch der Liberalen, verdient.

Die Anerkennung der „Regierung“ entschied sich für die Frankfurter Zeitung an deren Haltung zur Deutschen Nationalversammlung. Die Bereitschaft zur Beteiligung an einem affirmativen Gründungsnarrativ hing daher wiederum an der Frage, inwiefern die Volksbeauftragten den Forderungen derjenigen widerstanden, die auf ein Weitertreiben der Revolution und einen zeitlichen Aufschub der Nationalversammlung drängten. Wie im Tageblatt standen daher auch in der Frankfurter Zeitung vor allem die drei USPD-Volksbeauftragten im Fokus. „Revolution“ blieb dabei einstweilen auch in der Frankfurter Zeitung nur ein Begriff unter vielen, um die Geschehnisse zu kommentieren.³¹ Er wurde inhaltlich beliebig gestreckt, während er in den Berichten aus den Arbeiter- und Soldatenräten als die Revolution der anderen omnipräsent blieb.

IV.

Die Hoffnung, die auch liberale Zeitungen im November auf die „Revolution“ gerichtet hatten, hatte sich bereits in den ersten Dezemberwochen verflüchtigt. So kritisierte die Frankfurter Zeitung am 2. Dezember die Erwartung, aus der „Revolution“ werde eine starke und mehrheitsfähige Regierung erwachsen, sei enttäuscht worden.³² Stattdessen herrsche ein unkonstruktives Nebeneinander verschiedener Organe, vordergründig des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrates. Mit dem nunmehr festgelegten Termin zur Nationalversammlung bestehe jedoch immerhin die Aussicht, diese unbefriedigende Situation alsbald aufzulösen. Gegen die gewünschte Entwicklung kritisierten die Redakteure der Frankfurter Zeitung jedoch das „konfuse Re-

30 Frankfurter Zeitung Nr. 315, 13.11.1918, „Frankfurt, 13. November“. Die Frankfurter Zeitung setzte in der Regel nicht auf klare Überschriften, sodass die entsprechende Zuordnung der Belege zu einzelnen Artikeln hier mitunter unterbleiben muss.

31 Emblematisch ist Ausgabe Nr. 334 vom 12.12.1918, in der nebeneinander die Begriffe „Revolution“, „Gegenrevolution“, „Bolschewismus“, „Spartakus“, „Umschwung“, „Neubau“, „Unordnung“, „Wiederaufbau“, „neue Ordnung“ und schlicht „Entwicklung“ zum Einsatz kamen.

32 Frankfurter Zeitung Nr. 334, 2.12.1918.

voluzzertum“ in Berlin und das rücksichtslose „revolutionäre Temperament“ der USPD, dem MSPD und Bürgerliche nichts entgegenzusetzen hätten.³³

In diesen Formulierungen wird die immer größere Skepsis gegenüber dem Begriff „Revolution“ bereits recht deutlich. Ihnen standen, wenn von „Revolution“ die Rede ist, Formulierungen wie „am Tage der Revolution“ oder „in den ersten Tagen der Revolution“ gegenüber, also bloße begriffliche Reduktionen auf den 9. November und die anschließende Abfolge von Tagen.³⁴ Die Revolution, verschärften die Redakteure ihre Kritik wenige Tage später in deutlicher Nomination, sei schlicht unökonomisch und verschlinge Geld. Auch auf geistig-politischem Gebiet habe sie wegen der Schwäche der Regierungen in Berlin und München bisher nichts erreicht.³⁵ In derselben Ausgabe drohte sie in einem bewusst „An Alle!“ gerichteten Aufruf: „Wenn diese Massendichterei nicht aufhört, gefällt uns bald die ganze Revolution nicht mehr. [...] Sucht keinen Reim auf Völkerfrühling, es gibt keinen. [...] Hackt Holz, so ihr welches habt. [...] Warum stopft ihr nicht Strümpfe? [...] Pfllegt arme Kinder“. Die Häufung des unverstellt und nicht mehr in erster Linie als Zitat gebrauchten Revolutionsbegriffes in dieser Ausgabe ist außergewöhnlich. In der augenfällig negativen und zynischen Konnotation, welche „Revolution“ an dieser Stelle erfährt, wird allerdings deutlich, dass der Revolutionsbegriff hier nicht als konvergenter Terminus gebraucht, sondern vielmehr offen zurückgewiesen wird.³⁶ Die Basis zu einem integrativen Gründungsnarrativ unter dem Titel „Revolution“ war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gegeben. Auch aus Kiel kam zur selben Zeit deutliche Kritik daran, dass durch die Zwistigkeiten und das Nebeneinander verschiedener revolutionärer Organe in Berlin der in Kiel vorbildhaft praktizierte moderate Kurs der Revolution in Verruf gebracht werde.³⁷

Berlin sei, charakterisierte das Tageblatt in ähnlicher Weise am 7. Dezember das hiesige Stadtbild, „ein Feld für Krawalle, wüste Hetzereien und Straßenschlachten“,³⁸ vom Abbild französischer Revolutionsmaler, das Theodor Wolff noch am 10. November zu erkennen vermeint hatte, war nichts mehr übrig geblieben. Deutschland gleiche vielmehr „dem Spiel der revolutionären Hetzer“. ³⁹ In der Folge beschworen die liberalen Presseorgane vehement und kontinuierlich den energischen, zunehmend explizit militärisch-gewaltamen Schutz der „Ordnung“ gegen diejenigen Gruppen, die sich unter dem Banner des Revolutionsbegriffes gegen die Regierung gestellt hätten. So rief

33 Ebd. sowie Nr. 335, 3.12.1918.

34 Ebd. Nr. 334.

35 Frankfurter Zeitung Nr. 338, 06.12.18.

36 Durch die Zurückweisung des Revolutionsbegriffes im Dezember habe, urteilt Almut Todorow, die Frankfurter Zeitung ihre Diskursmacht zurückgewonnen, vgl. ebd., S. 196-198.

37 Kieler Zeitung Nr. 560, 29.11.18, „Unhaltbare Zustände“.

38 Berliner Tageblatt Nr. 625, 7.12.1918, „Blutige Zusammenstöße in Berlin“.

39 Berliner Tageblatt Nr. 626, 7.12.1918, „Neue Kundgebungen in Berlin“.

Theodor Wolff in seinem Leitartikel vom 9. Dezember in deutlich verschärfter Sprache zu eindeutig gewaltsamen Maßnahmen der Berliner Regierung auf.⁴⁰ Mit Verhandeln erreiche man nichts mehr. Das heiße „Revolutionspflaster“ müsse stattdessen von den „Revolutionsdoktoren“ befreit werden und die „Verteidigung der Ordnung in den Straßen“ sei durch sichtbare Truppenmacht zu dokumentieren.

„Revolution“ besaß zu dieser Zeit in den untersuchten liberalen Zeitungen eine überwiegend polemische Konnotation. Demgegenüber wurde der von den Liberalen mitgetragene und nicht zuletzt von der Berliner „Revolutionsregierung“ selbst propagierte Begriff „Ordnung“ aktiv als neue narrative Integrationsfolie vorgeführt.⁴¹ Keine vier Wochen nach den euphorischen Mitteilungen über die „größte aller Revolutionen“ war der Revolutionsbegriff auch im Berliner Tageblatt an den vermeintlichen Gegner abgetreten worden. Den zumeist zaghaft bleibenden Versuchen der MSPD-Presse, dagegen einen positiv besetzten Revolutionsbegriff zu behaupten, schlossen sich liberale Organe seither nicht mehr an. Stattdessen agitierten sie im Zuge der zunehmenden Intensität der Berliner Straßenkämpfe prononciert für einen Austritt der USPD aus der Regierung und für ein vom Begriff „Ordnung“ gedecktes militärisches Vorgehen gegen diejenigen Gruppen, die den Revolutionsbegriff forcierten.⁴² Die Sprache radikalisierte sich dabei bis Januar 1919 signifikant.

Am 28. Dezember etwa zitierte das Tageblatt einen Aufruf der nicht zuletzt von ihrem Chefredakteur gegründeten DDP, der kritisierte, dass die Sozialdemokratie – ohne Differenzierung – „nach der Revolution“ eine Diktatur errichtet habe, die alle andersdenkenden Elemente ausgeschlossen habe.⁴³ Demnach versuchten „fanatische Anhänger der Sozialdemokratie, Nachahmer des Bolschewismus, der Russland zugrunde gerichtet habe, auch Deutschland zu zerrütten und zu zerfleischen“. Von den positiven Anfängen der „Novemberrevolution“, die so erfreulich selbstverständlich und unblutig abgelaufen sei, sei, bescheinigte das Tageblatt am 14. Januar 1919, nichts mehr übrig.⁴⁴ Vielmehr lasteten Verwirrung und Missstimmung auf dem

40 Berliner Tageblatt Nr. 628, 9.12.1918, „Wie lange noch?“.

41 Wolff rief im oben zitierten Artikel bspw. demonstrativ zu einer „Ordnungsarmee“ und zur „Verteidigung der Ordnung“ auf, während die Gegner dieser Ordnung als „Revolutionsdoktoren“ beschrieben wurden.

42 In der Ausgabe Nr. 641, 16.12.1918, nahm einmal mehr Theodor Wolff selbst das Wort und kritisierte, dass zwei halbe Regierungen nebeneinander stünden. Gegen die „Schreihälse“ und „Diktatoren der Straße“, die Deutschland mit „in roten Phrasen schwelgendem Schwatztum“ „bolschewistisch ruinieren“ wollten, müsse unbedingt ein echtes Heer formiert werden, zu dem die beschlossene Aufstellung einer Volkswehr immerhin einen ersten Anschlag gebe. Siehe auch Becker: Demokratie des sozialen Rechts (wie Anm. 11), S. 160 und S. 168.

43 Berliner Tageblatt Nr. 661, 28.12.18.

44 Berliner Tageblatt Nr. 12, 14.01.19, „Der Mehrheitswille“.

deutschen Volk, das von einer von USPD und Spartakusbund nach russischem Vorbild inszenierten „zweiten Revolution“ erschüttert werde. Mit der Bezeichnung „zweite Revolution“ übernahm das Tageblatt polemisch konnotiert Selbstbeschreibungen der Berliner „Revolutionäre“.⁴⁵ Es bestätigte damit gleichzeitig in negativer Hinsicht die Sorge Theodor Wolffs vom 10. November, die Geschehnisse könnten sich, anstatt dem Vorbild der Englischen Revolution zu folgen, nach „russischem Muster“ gestalten.

Durch die „zweite Revolution“ war so gewissermaßen auch die erste Revolution derart desavouiert, dass sich das Tageblatt an einem irgendwie positiven Revolutionsbegriff fortan nicht mehr beteiligte. Den Höhepunkt von sprachlicher Aggression und Polemik bildete schließlich die Berichterstattung über die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die Art der Tötung sei zwar bedauerlich, aber der Mord an sich in der Sache zu begrüßen, stellte das Tageblatt am 16. Januar 1919 fest.⁴⁶ Schließlich gehöre Liebknecht als „problematische Natur“ und Nervenkranker zu den Urhebern der zweiten Revolution und habe daher genau wie Luxemburg zurecht aus Politik und Gründungserzählung getilgt werden müssen.

V.

In der anschließenden Berichterstattung bis zur Nationalversammlung spielte „Revolution“ in der liberalen Presse weder inhaltlich noch quantitativ eine Rolle. Bei der Bildung der Weimarer Koalition wurde er ausgeklammert und diente auch fortan eher als Assoziation unliebsamer Erinnerungen. Noch Jahrzehnte später erinnerte sich Theodor Wolff ohne jedes Pathos und ohne positiven Bezug seines Revolutionsbegriffes aus dem November 1918.⁴⁷ Unter Verweis auf die Ausgeschlossenheit von der politischen Verantwortung, die auch nach dem Bruch des sozialistischen Berliner Regierungsbündnisses zunächst nicht aufgehoben wurde, geriet der Begriff „deutsche Revolution“

45 Am 24.12.18 veröffentlichte die „Rote Fahne“ eine Kundgebung des Vollzugsrat-Vorsitzenden Richard Müller, der in den gegenwärtigen Streikbewegungen den Beginn einer zweiten Revolution sah, Rote Fahne Nr. 12, „Arbeiterräte Groß-Berlins“. Diese Auffassung fundamentalisierte sich mit der Gründung der Kommunistischen Partei und den veröffentlichten programmatischen Forderungen nach einer neuen Phase der Revolution, u.a. in Rote Fahne Nr. 45, 31.12.18, „Konstituierung der Kommunistischen Partei“. Auch die Frankfurter Zeitung griff die Formulierung „zweite Revolution“ auf, so in Nr. 26, 10.01.19, „Neue Taktik“. Vgl. hierzu auch Axel Weipert: Die zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920. Berlin 2015.

46 Berliner Tageblatt Nr. 16, 16.01.19, „Liebknecht und Rosa Luxemburg nach ihrer Verhaftung getötet“.

47 Zitiert bei Ullrich, Die Revolution von (wie Anm. 15), S. 7.

im liberalen Erinnerungsschatz zur Vokabel der Unbeteiligung:⁴⁸ Die „deutsche Revolution“ war eine Revolution der anderen, an deren narrativer Verankerung sich die erst nachträglich in Verantwortung genommene liberale Politik und Presse konsequent nicht beteiligte.

Man mag vor diesem Hintergrund eine dezidiert demokratische Gründungserzählung der Weimarer Republik mit Recht vermissen. Wenn diese Erzählung indes auch wirklich diejenigen Parteien, die zur demokratischen Ausgestaltung dieser Republik Pate standen, einschließen soll, also in erster Linie SPD, DDP und Zentrum, dann war „Revolution“ für diese Erzählung kein geeigneter Titel.

48 Hans-Joachim Bieber, *Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920*. Hamburg 1992, S. 363.